

RZ-8.04.93

„Nicht blockiert“

Gewerbeansiedlung: Ollig kontert CDU-Vorwürfe

m. NACKENHEIM — Zu den jüngsten CDU-Aussagen zur „Blockade“ der geplanten Erweiterung des Bodenheimer Gewerbegebietes durch SPD und BLN (AZ vom 3. April) nahm nun Bürgermeister Günter Ollig Stellung. Bei allen Ausführungen der Bürgermeister Gerhard Krämer sowie Alfons Achatz vermisste er Hinweise auf die Vorgaben des regionalen Raumordnungsplanes, wonach Nackenheim mehr als eine Wohn- und Erholungsgemeinde sei.

Die Nachbargemeinde Bodenheim dagegen sei in der VG für die Ausweisung von Gewerbegebieten bestimmt. Dies bringe Nackenheim eine klare Benachteiligung, blockiere in Bodenheim aber nicht die dortige Gewerbeansiedlung. Ollig verwarf sich deshalb gegen die CDU-Vorwürfe und erinnert daran, daß sich die Sozialdemokraten für die Ansiedlung des Postfrachtzentrums mit 800 bis 1 000 Arbeitsplätzen stark gemacht hätten. Die Christdemokraten hätten dieses Projekt ihrerseits blockiert. Mit dem „Nein“ der SPD

zur neuen Bodenheimer Gewerbeansiedlung soll eine Gleichstellung der fünf verbandsangehörigen Orte erreicht werden.

Die Aufstellung und Fortschreibung des Flächennutzungsplanes, so Ollig weiter, gehöre zu den Hoheitsaufgaben der Gemeinden und sei an die VG delegiert. Es könne nicht angehen, daß VG-Chef Krämer eine Gemeinde bevorzuge, die übrigen allerdings an der Entwicklung nicht teilhaben lasse. Seit 1987 würden Nackenheimer Anträge zur Fortschreibung des Planes bei der Verwaltung vorliegen. In diesen sechs Jahren sei nichts geschehen.

Der Entwicklungsplan der Ortsgemeinde, der die Weichen bis in das Jahr 2020 stellt, liege jetzt vor. Darin seien im Unterfeld entlang der Bahnlinie sowie angrenzend an die Gemarkungsgrenze über zehn Hektar als Gewerbeflächen ausgewiesen. Die Nackenheimer werden den Bodenheimer Plänen erst zustimmen, wenn auch die Wünsche der Nackenheimer erfüllt würden.